

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 5. September 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 5. September 2024)

zum Thema:

Nachfrage zur Drucksache 19/18587 – Kita-Zuzahlungen: Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

und **Antwort** vom 18. September 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Sep. 2024)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/20220

vom 5. September 2024

über Nachfrage zur Drucksache 19/18587 - Kita-Zuzahlungen: Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. In der Antwort auf die Fragen 10 bis 12 der Drucksache 19/18587 hieß es: „Die Neuregelung der Obergrenze bedarf keiner gesetzlichen Änderung, sondern ist mit den RV Tag-Vertragspartnern zu verhandeln. Zu diesen Verhandlungen werden die Vertragspartner zeitnah eingeladen.“ Wann wurde zu den am 26. März 2024 angekündigten Verhandlungen eingeladen?

2. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen?

3. An welchem Datum ist mit einem Ergebnis zu rechnen?

Zu 1. bis 3.: Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) hat die Vertragspartner am 3. Juni 2024 zu Verhandlungen bezüglich einer Anpassung der Anlage 10 der Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Tageseinrichtungen für Kinder (RV Tag) aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts eingeladen.

Hierbei wurde zwischen den Vertragsparteien zwischenzeitlich grundsätzliche Einigkeit bezüglich einer Neuregelung erzielt. Sobald die zugehörige Änderungsvereinbarung final

von allen Seiten unterzeichnet ist, wird die Änderung in Kraft treten. Die textliche Neufassung der Anlage 10 wird die SenBJF sodann umgehend veröffentlichen und alle Träger hierüber informieren.

Berlin, den 18. September 2024

In Vertretung
Falko Liecke
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie